

## **Protokoll Hauptausschuss - öffentlich - vom 20.10.2020**

### **1) TOP Einwohnerfragen**

---

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

### **2) TOP 6-008/20 Schulsozialarbeit - Bericht**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlag Nr. 6-008/20 ein.

Frau Schempp, Caritasverband Schwarzwald-Baar-Kreis e.V., stellt die Schulsozialarbeit des Caritasverbands anhand der Statistikzusammenfassungen der Schuljahre 2018/2019 und 2019/2020 dem Gremium vor. In Donaueschingen habe die Schulsozialarbeit vor 20 Jahren an der Eichendorffschule mit einer Teilzeitstelle (50 %) begonnen. Sie selbst sei seit 16 Jahren in diesem Bereich tätig. Die Schulsozialarbeit sei eine spezielle Form der Jugendsozialarbeit und habe inzwischen einen Gesamtumfang von insgesamt 2,75 Stellen. Sie danke dem Gremium für die Ausweitung der Stellen. Die Schulsozialarbeit erfolge in Kooperation mit den Lehrern, der Schulleitung und Ansprechpartnern aus anderen sozialen Bereichen wie Jugendpsychologen/-psychiater und der Beratungsstellen vor Ort. Dabei werde auch Präventionsarbeit geleistet.

Die Zusammenarbeit mit den Eltern sei erforderlich, um Lösungen gemeinsam anzusprechen. Falls das nicht möglich sei, brauche es andere Lösungsansätze. Die Gruppenarbeit sei vor allem in den in der 5. und 6. Klasse für ein gutes Klassenklima mit Angeboten über gewaltfreie Kommunikation und Stressbewältigung. Im Schuljahr 2019/2020 falle die Statistikmeldung coronabedingt anders aus. Im Jahr 2020 seien die Schulen insgesamt sieben Wochen geschlossen worden, wovon zwei Wochen Osterferien gewesen seien. Die Schulsozialarbeiter seien in dieser Zeit über Handy und WhatsApp erreichbar gewesen, sofern den Schülern ein Handy zur Verfügung gestanden habe. Weitere Anfragen seien vom Schulsekretariat an sie weitergeleitet worden.

Bei der Schulsozialarbeit gehe es um Themen wie sexuelle Übergriffe, Schulverweigerung, Selbstverletzung, Cybermobbing, ungewollte Schwangerschaften und psychische Erkrankungen. Depressionen und suizidale Gedanken seien bereits bei Schülern im Alter von 12 und 13 Jahren vorhanden.

Oberbürgermeister Pauly dankt Frau Schempp für den Bericht, der wichtige Einblicke in die Schulsozialarbeit ermögliche. Auch wenn er die finanzielle Verpflichtung eher beim Land sehe, sei die Schulsozialarbeit für die Stadt doch eine wichtige Aufgabe.

Stadtrat Rögele: Die Schulsozialarbeit sei eine große Entlastung für Lehrer aller Schularten. Das habe er schon beim Start vor 20 Jahren erfahren. Er danke allen Beteiligten und frage nach, welche Veränderungen es gebe.

Fraktionssprecher Blaurock: Er freue sich über die anteilige Förderung der Schulsozialarbeit durch das Land Baden-Württemberg. Er frage nach, warum das Angebot der Gruppenarbeit

beim Fürstenberg-Gymnasium nicht angenommen werde (6.1./6.2. Statistik 2018/2019) und ob es dort stattdessen vergleichbare Angebote gebe.

Herr Mosbacher, Schulleiter Fürstenberg-Gymnasium: Dieses Angebot werde durch einen von fünf unterschiedlichen Bausteinen am Fürstenberg-Gymnasium abgedeckt.

Stadträtin Weishaar dankt für den Bericht, der Einblicke in die Vielfalt der Sozialarbeit gewähre und fragt nach, ob eine 50% Stelle an Schulen mit wenig Schülern erforderlich sei oder ob die Betreuung kleinerer Schulen zusammengefasst werde.

Es sei zudem von Interesse, ob es coronabedingt neue Aufgabenfelder gebe, angesichts der erschwerten Umstände in den Familien.

Stadtrat Reith dankt für die wertvolle Arbeit an den Schulen. Er fragt nach, inwieweit die Corona-Krise die Schüler verändert habe, und ob Schulsozialarbeiter in Kurzarbeit geschickt worden seien. Zudem interessiere ihn, ob ein Austausch der Sozialarbeiter untereinander stattfinde und wie flexibel deren Einsatz sei. Er wolle auch wissen, wie stark die Mediensucht der Schüler sei und wie ausgeprägt Mobbing vorkomme.

Amtsleiter Romer (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Greiner): Förderung gebe es erst ab einem Mindestbeschäftigungsumfang von 50%. Für die Berechnung werde der Beschäftigungsumfang der einzelnen Stellen zusammengefasst.

Fraktionssprecher Greiner sieht das Land Baden-Württemberg in der Pflicht, die Schulsozialarbeit zu finanzieren. Diese sei eine Art Erziehungsarbeit und notwendig, um schlimmere Folgen zu vermeiden.

Frau Schempp: Die Corona-Krise habe bei den Schülern Spuren hinterlassen. In manchen Haushalten fehle beispielsweise ein funktionstüchtiger Drucker oder es stehe für mehrere schulpflichtige Kinder zur Hausaufgabenenerledigung nur ein Handy zur Verfügung. Das Ersatzangebot, sich die Ausdrucke in den Schulen abzuholen, sei nicht von allen genutzt worden.

Die Schulsozialarbeit sei eine Beziehungsarbeit. Es dauere ein bis zwei Jahre bis ein neuer Schulsozialarbeiter eingearbeitet sei vor allem in Hinblick auf den sozialen Kontakt zu Schülern, Lehrern und Schulleitung. Die Neubesetzung dauere daher eine längere Zeit. Ein neues Aufgabenfeld sei die Versorgung der Schüler mit Mahlzeiten vor allem am Monatsende, wenn die finanziellen Mittel in den Familien knapp seien. Nicht alle Kinder seien zu Hause ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt. Kurzarbeit gebe es in der Schulsozialarbeit nicht. Teambesprechungen fänden regelmäßig statt und es erfolge gegenseitige Unterstützung und Vertretung im Krankheitsfall. Der Einsatz der Schulsozialarbeiter sei flexibel, wobei zu bedenken sei, dass es um Beziehungsarbeit gehe.

Mobbing komme in unterschiedlichen Erscheinungsformen und Intensitäten vor. Drogenkonsum und –sucht gebe es bei Jugendlichen aller Schularten und in allen sozialen Schichten. Die Mediensucht sei durch Umstellung auf digitalen Unterricht verstärkt worden. Ein Schulsozialarbeiter betreue ein bis zwei Schulen.

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Greiner): Auch wenn es Fälle von Kindswohlgefährdung gebe, komme es nicht immer zu einem Elterngespräch, da diese die Lage anders einschätzen würden oder mit einem Gespräch nicht einverstanden seien.

Stadtrat Dr. Wagner fragt nach, inwieweit Schüler abgehängt würden, wenn am Monatsende aus finanziellen Gründen kein Handy mehr gebe und ob es geeignete Maßnahmen gebe, Kindern aus armen Verhältnissen während der Schulschließung mit Mahlzeiten zu versorgen.

Frau Schempp: Es sei nachteilig, wenn Kindern für den digitalen Unterricht von zu Hause aus auf einmal kein Handy mehr zur Verfügung stehe. Sozial schwache Familien erhielten wirtschaftliche Unterstützung vom Jugendamt.

Oberbürgermeister Pauly: Die Schulsozialarbeit sei ein Herzensanliegen der Stadt Donaueschingen.

Amtsleiter Romer: Die Stadt gebe 173.000 Euro pro Jahr für die Schulsozialarbeit aus.

Beschluss: Vom Bericht über die Schulsozialarbeit an den städtischen Schulen wird Kenntnis genommen.

### **3) TOP 6-009/20 Haushaltsplan - Schulbudgets**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-009/20 ein.

Amtsleiter Romer: Für die Errechnung der Schulbudgets für das Haushaltsjahr 2021 seien die Schülerzahlen am 21. Oktober 2020 maßgebend sowie die endgültigen Sachkostenbeiträge für 2021. Sie werden daher entsprechend angepasst.

Fraktionssprecher Greiner: Er stimme zu.

Fraktionssprecher Blaurock: Er könne den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 grundsätzlich zustimmen. Die Höhe der Budgetanteile „sachliche Kosten Schulbetrieb“ von 28.5% müsse gegebenenfalls in der Zukunft angepasst werden, da der Wert auf einem Beschluss vom 3. November 2009 beruhe. Aufgrund der umfassenden Digitalisierung reiche das Schulbudget wahrscheinlich künftig nicht mehr aus.

Stadtrat Reinbolz bittet auch hinsichtlich der anfallenden Reparaturen der vielen Endgeräte um Überprüfung, ob die Schulbudgets ausreichen würden.

Amtsleiter Romer: Das sei intern auch schon besprochen worden. Die Abschreibung der Geräte schlage sich im Haushaltsplan nieder. Es gebe für die Beschaffung auch Förderprogramme.

Haushaltsplan eingestellt. Es gebe für die Beschaffung auch Förderprogramme.

Stadtrat Reith fragt nach, wie der Sachstand zum Medienentwicklungsplan sei und woher die Erhöhung der Ausgaben für die Schülerbücherei beim Fürstenberg-Gymnasium von 2.000 Euro auf 3.500 Euro komme.

Herr Mosbacher; Schulleiter Fürstenberg-Gymnasium: Die Schulen seien dabei, die Medienentwicklungspläne zu erstellen. Im März 2020 habe es coronabedingt eine Unterbrechung bei der Bearbeitung des Medienentwicklungsplans gegeben. Nach dem Digitalpakt 1.0 seien kurzfristig die Förderprogramme Digitalpakt 2.0 und 3.0 aufgelegt worden. Der Digitalpakt 4.0 sei auch für Ende 2020 angekündigt. Die Beschaffung der mobilen Endgeräte, wie beispielsweise iPads, hatte aufgrund der Schulschließungen Vorrang.

Für die Verbuchung des Bücheraustausches benötige die Schülerbücherei eine Lizenz, die 1.600 Euro koste. Um diesen Betrag seien die Kosten gestiegen. Das EV-Programm sei schon länger im Einsatz, der Budgetansatz sei nun aber erstmals angepasst worden.

Beschluss:

1. Die Information wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Schulbudgets im Haushaltsjahr 2021 hinsichtlich der Budgetanteile „sächliche Kosten Schulbetrieb“ in Höhe von 28,5% der jeweiligen Sachkostenbeiträge des Landes zu bewilligen.
3. Es wird zugestimmt, die Schulbudgets für das Haushaltsjahr 2021 entsprechend den tatsächlichen Schülerzahlen gemäß Schulstatistik vom 21. Oktober 2020 und den endgültigen Sachkostenbeiträgen für 2021 anzupassen.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **4) TOP 6-010/20 Kinderbetreuung - Bedarfsplanung 2020/21**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-010/20 ein.

Amtsleiter Romer stellt die Betreuungssituation einiger städtischer Kindergärten kurz vor. In Aasen werde es durch die Erweiterung des Kindergartens 37 neue Betreuungsplätze geben. Für den Naturkindergarten Apfelbäumchen werde aufgrund des Beschlusses in der Hauptausschusssitzung am 22.10.2020 Antrag über den gesetzlichen Mindestzuschuss von 63 % der Betriebsausgaben eine zusätzliche Förderung des Restdefizites gewährt.

Fraktionssprecher Blaurock: Er werde zustimmen. Bezüglich der Öffnungszeiten der Kindergärten fragt er nach, weshalb viele Kindergärten nachmittags teilweise geschlossen hätten und ob die Schließung auf einen Nachmittag pro Woche reduziert werden könne (Anlage 1, Seite 39). Für Alleinerziehende und berufstätige Eltern sei die Schließung am Nachmittag problematisch.

Amtsleiter Romer: Eine Regelgruppe habe 32,5 Stunden pro Woche geöffnet. Im Kindergarten Pfohren beispielsweise werde von den Eltern keine Nachmittagsbetreuung nachgefragt. Daher sei der Kindergarten nachmittags nicht täglich offen. In der neuen Kindertagesstätte „Am Buchberg“ seien ursprünglich zwei weitere Ganztagesgruppen vorgesehen. Mangels Bedarf würden nun zwei Gruppen mit gemischter Gruppenform angeboten (Verlängerte Öffnungszeit bzw. Ganztagesgruppe). Aufgrund der gemischten Gruppenform können zehn weitere Betreuungsplätze angeboten werden.

Beschluss:

1. Es wird zugestimmt, dass die vorhandenen Plätze für Kinder von null bis sechs Jahren sowie die in den Donaueschinger Kindergärten/ Kindertagesstätten in die örtliche Bedarfsplanung aufgenommen werden.
2. Der Kinderbetreuung-Bedarfsplanung 2020/21 wird zugestimmt.

(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

## **5) TOP Mitteilungen der Verwaltung**

---

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

## **6) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat**

---

### **Haushaltsberatungen**

Fraktionssprecher Dr. Wagner nimmt auf die anstehenden Haushaltsberatungen Bezug und regt an, nicht wie jedes Jahr die einzelnen Positionen durchzugehen und einzeln abzustimmen, da so bisher wenig Einsparungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt erzielt worden seien. Besser wäre es, den Fraktionen nochmals die Gelegenheit zu geben, sich untereinander abzustimmen und zu prüfen, wo gezielt Einsparungen vorgenommen werden können. Immerhin seien 2021 eine halbe Million Euro weniger Einnahmen zu erwarten und das Haushaltsdefizit liege derzeit bei -1,7 Millionen Euro.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung stehe dem Vorschlag offen gegenüber und sei bereit, Anpassungen vorzunehmen.

Fraktionssprecher Blaurock: Er schließe sich im Wesentlichen an und schlage vor, zunächst über die Fraktionssprecher Ziele zu setzen, um dann den Haushaltsplan Entwurf 2021 zu beraten und eine Runde der Meinungsfindung zu führen. Falls danach das gewünschte Ziel nicht erreicht worden sei, könne nochmal nachgesteuert werden. Die Verabschiedung des Haushalts ziehe sich so gegebenenfalls bis Januar 2021 hin.

Stadträtin Wesle verweist auf die Klausurtagung des Gemeinderats im März 2020. Dort habe sich der Gemeinderat mit Zielen auseinandergesetzt. Dabei sei klargeworden, dass das innerhalb der Fraktionen eben jetzt nicht machbar sei. Wenn Ziele definiert seien, könne der Gemeinderat diese dem Bürger gegenüber klar kommunizieren und darlegen, warum eine Maßnahme in einem Ortsteil nicht bzw. erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werde.

Oberbürgermeister Pauly bedankt sich für die Vorschläge, zur Optimierung der Haushaltsberatungen.

Fraktionssprecher Greiner regt an, Änderungsvorschläge in der Fraktionssprecherrunde zu besprechen und hofft trotz Verfahrensänderung auf einen Haushaltsbeschluss im Dezember 2020.

Oberbürgermeister Pauly bedankt sich für die Vorschläge Amtsleiter Biehler (auf Nachfrage von Stadtrat Reith): Die Seitennummerierung der Sitzungsvorlagen könne nicht wie in der gedruckten Version in der Mandtos-App erfolgen, da die Sitzungsvorlagen und dazugehörige Anlagen zu jedem Tagesordnungspunkt einzeln eingestellt seien

### **Nummerierung der Sitzungsvorlagen**

Amtsleiter Biehler (auf Nachfrage von Stadtrat Reith): Die Seitennummerierung der Sitzungsvorlagen könne nicht wie in der gedruckten Version in der Mandtos-App erfolgen, da die Sitzungsvorlagen und dazugehörige Anlagen zu jedem Tagesordnungspunkt einzeln eingestellt seien und für den Ausdruck der Sitzungsunterlagen eine Gesamtdatei in PDF-Format generiert werde.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Willmann): Bei den Sitzungsunterlagen werde ab der Gemeinderatssitzung am 3. November 2020 eine Leerseite für Notizen zu den Tagesordnungspunkten „Mitteilungen der Verwaltung“ und „Anträge und Anfragen aus dem Gemeinderat“ eingerichtet.

### **Terminierung Gesprächskreis Jugendfragen**

Stadtrat Millbradt fragt nach, ob der Termin des Fachgesprächs zur Kinder- und Jugendbeteiligung auch nach 14 Uhr stattfinden könne, damit interessierte Jugendliche und andere Teilnehmer den Termin besser wahrnehmen können.

Bürgermeister Graf: Der Termin sei so vorgegeben worden, aber es werde diesbezüglich nochmal eine Abstimmung erfolgen.